

Der Bundesstaat im «langen» 19. Jahrhundert (bis 1914)*

Patrick Bucher

20. Juli 2011

Inhaltsverzeichnis

1 Die Eidgenossenschaft als föderative Republik	1
2 Die neue Schweiz im alten Europa	2
3 Von der Agrar- zur Industriegesellschaft	2
4 Demokratische Bewegung, Kulturkampf und Totalrevision der Verfassung	3
5 Aussenpolitik im Zeitalter des Imperialismus	4
6 Gesellschaft, Wirtschaft und Staat um die Jahrhundertwende	4

1 Die Eidgenossenschaft als föderative Republik

Nach dem Sonderbundskrieg verfügten die Liberalen an der Tagsatzung über eine eindeutige Mehrheit. Der Freisinn verstand sich als demokratisch legitimiert und war entschlossen genug, die Arbeit an einer neuen Verfassung zügig voranzutreiben. Diese Bestrebungen wurden durch Revolutionen in den konservativen Monarchien Europas begünstigt. Die Balance zwischen Zentralismus und Föderalismus stand im Zentrum der neuen Verfassung.

Die Revisionskommission erstellte den Entwurf für die Bundesverfassung von 1848 in nur zwei Monaten. Sie legte den Zweck, die Struktur und die Aufgaben des Bundes, die persönlichen Freiheitsrechte und die Regelung einer Verfassungsrevision fest. Die Verfassung wurde am 12. September 1848 rechtskräftig. Bern wurde Bundeshauptstadt.

Die Schweiz wurde eine rein repräsentative – und nicht etwa zu eine direkte – Demokratie. Im Gegensatz zu den alten Bundesverträgen war die neue Verfassung mit ihren Revisionsmöglichkeiten und der neuen Gesetzgebungskompetenz des Bundes ein flexibles gesetzliches Rahmen-

* AKAD-Reihe GSS 102, ISBN: 3-7155-2223-2

werk, das der Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft bestens entsprach. Die neue Verfassung war – wie so oft in der Schweiz – ein Kompromisswerk und konnte daher nicht allen Wünschen entsprechen.

Nach 1848 waren die Freisinnigen für Jahrzehnte die staatstragende Gruppierung. Die Konservativen blieben vorerst in der Opposition. Der Freisinn war aber keine homogene Partei, sondern eine breite, im Bürgertum verankerte Volksbewegung mit liberalen, radikalen und demokratischen Strömungen. Auch der Bundesrat bestand Jahrzehnte nur aus freisinnigen Mitgliedern.

Der Bund konnte seine Aufgaben, die ihm die Verfassung auferlegte, schon innert weniger Jahre und mit einem geringen Mittelaufwand erfolgreich erfüllen. Er bewahrte die Schweiz vor ausländischen Interventionen, übernahm das Post- und Zollwesen von den Kantonen, führte die Frankenwährung ein, vereinheitlichte Masse und Gewichte und gründete das Polytechnikum – die heutige ETH.

2 Die neue Schweiz im alten Europa

Nach dem Wiener Kongress 1815 hatte Neuenburg eine Doppelstellung: Einerseits war es ein Schweizer Kanton, andererseits ein dem preussischen König unterstehendes Fürstentum. Dieser Konflikt wurde 1848 verdrängt, lebte aber durch den Royalistenaufruf von 1856 wieder auf. Unter der Vermittlung von Napoléon III. und auf britischen Druck verzichtete der König von Preussen schliesslich auf Neuenburg.

Savoyen ging zu Frankreich über, für Genf wurde im Gegenzug eine zollfreie Zone in seinem Umland geschaffen. Durch die politische Einigung Deutschlands und Italiens bekam die Schweiz im Norden und Süden zwei neue, starke Nachbarstaaten. Die Schweiz richtete ihre Politik deshalb auf eine neutrale Haltung aus.

Unter dem Eindruck des brutalen Gemetzels bei der Schlacht von Solferino gründete Henri Dunant 1864 in Genf das Rote Kreuz – eine Hilfsgesellschaft für die Verwundetenpflege.

3 Von der Agrar- zur Industriegesellschaft

Im 19. Jahrhundert nahm die Industrialisierung in der Schweiz an Fahrt auf. Viele Erwerbstätige kehrten der Landwirtschaft den Rücken zu und suchten sich ein Auskommen in der Industrie. Die arbeitende Bevölkerung konzentrierte sich auf die Industriestandorte, was zu einer regionalen Zweiteilung der Schweiz führte. Die Löhne waren trotz der sehr langen Arbeitszeiten tief. Wanderten in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch mehr Schweizer aus, hobte dies die Zuwanderung gegen Ende des Jahrhunderts wieder auf. Die Bevölkerung wuchs aufgrund der hohen Reproduktionsrate während des ganzen Jahrhunderts stark an.

Kantone und private Unternehmen wurden mit der Verantwortung für die Planung und Umsetzung des Eisenbahnbaus betraut. Bereits um 1860 konnte so der Rückstand auf Nord- und West-Europa betreffend Bahninfrastruktur aufgeholt werden. Der Einsatz der Verkehrsmittel Bahn und Dampfschiff führten zu einer Senkung der Frachtkosten. Zusammen mit den geringen Grenzzöllen führte dies zu einem verstärkten Aussenhandel und einem grossen Wirtschaftswachstum. Die internationale wirtschaftliche Verflechtung nahm zu.

Die Schweiz musste viele Rohstoffe importieren, konnte dafür aber Produkte wie Textilien (Baumwolle und Seide), Maschinen, Uhren, chemische Erzeugnisse, Schokolade und Käse exportieren. Innerhalb der Landwirtschaft nahm der Ackerbau zugunsten der Milchwirtschaft an Bedeutung ab. Die Milchwirtschaft erforderte jedoch weniger Arbeitskräfte als der Ackerbau. Dadurch wechselten noch mehr Erwerbstätige vom landwirtschaftlichen Sektor in die Industrie oder in den Dienstleistungssektor. Gerade Letzterer wuchs aufgrund der zunehmenden staatlichen Tätigkeit und dem Bedarf an Arbeitskräften für die Bereiche Abwicklung und Vermarktung stark an. Konjunkturschwankungen und die damit einhergehende zeitweise Arbeitslosigkeit liessen den Ruf nach staatlicher Intervention lauter werden.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahmen private Bahnunternehmer, allen voran der «Eisenbahnkönig» Alfred Escher aus Zürich, eine weitere grosse Ausbaustapfe der Schweizer Eisenbahn in Angriff. Trotz der wirtschaftlichen Depression konnte 1882 der Gotthard-Eisenbahntunnel eingeweiht werden. Eine wichtige Rolle bei der Finanzierung dieses «Jahrhundertwerks» spielten das Deutsche Reich und Italien. Aufgrund der Probleme bei der Nachfinanzierung von Seiten des Bundes opferte der politisch ambitionierte Alfred Escher seine Stellung. Nach der Jahrhundertwende kaufte der Bund die privaten Gesellschaften zurück und baute daraus die Schweizer Bundesbahnen (SBB) auf.

4 Demokratische Bewegung, Kulturkampf und Totalrevision der Verfassung

Die repräsentative Demokratie in Verbindung mit dem Wirtschaftsliberalismus brachte einigen gewählten Volksvertretern, wie z.B. Alfred Escher aus Zürich, eine gewaltige Machtfülle. Demokratische Bewegungen wollten das Volk durch das Referendumsrecht direkt in die politischen Entscheidungswege eingreifen lassen. Die Bewegung hatte zwar in einigen Kantonen Erfolg, scheiterte aber 1872 mit der Revision der Bundesverfassung, da diese die Kantone gleichzeitig einiger Schlüsselkompetenzen beraubt hätte, so z.B. Schulwesen und Justiz.

1864 postulierte Papst Pius IX. die Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubensfragen. Freisinnige Kantonsregierungen und der Bundesrat fürchteten, dass der Papst direkt auf die Politik Einfluss nehmen wolle. Als Gegenmassnahme wurden die sog. *Kulturkampf*-Massnahmen erlassen. Dies vertiefte den Graben zwischen liberalen und katholisch-konservativen Ständen erneut, erlaubte aber zugleich die Annäherung zwischen den Freisinnigen und den Demokraten. Diese Konstellation machte den Weg frei für eine umfassende Verfassungsrevision.

1874 gelang die Totalrevision der Bundesverfassung. Neu eingeführt wurde das Referendumsrecht, die Handels- und Gewerbefreiheit, die Zivilehe und die Schulpflicht. Gleichzeitig wurde die kantonale Souveränität beschnitten, indem das Militär stärker zentralisiert und das Obligationenrecht, die Gesetzgebung über Fabrikarbeit sowie das Notenwesen zur Bundessache erklärt wurden. Die Kulturkampf-Massnahmen wurden aufgehoben und das Bundesgericht wurde zu einer ständigen Behörde.

Bis zum ersten Weltkrieg gab es noch mehrere, partielle Verfassungsrevisionen. Der Bund erhielt dadurch zusätzliche Befugnisse zur Gesetzgebung im Zivil- und Strafrecht, Kranken- und Unfallversicherungswesen sowie für Lebensmittel. Neu eingeführt wurde das Banknotenmonopol des Bundes und das Initiativrecht zur Teilrevision der Verfassung.

5 Aussenpolitik im Zeitalter des Imperialismus

Seit 1871 war nicht mehr Frankreich, sondern das neu gegründete Deutsche Reich der dominante Nachbar. In den 1880er-Jahren wurde das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz getrübt, da Reichskanzler Bismarck aufgrund asylsuchender Sozialdemokraten Druck auf die Schweiz ausübte. Das Verhältnis verbesserte sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber zusehends durch die verstärkte wirtschaftliche, aber auch akademische und literarische Verflechtung der beiden Nachbarländer. Der Staatsbesuch von Kaiser Wilhelm II. belastete das Verhältnis zwischen der Deutschschweiz und der Romandie. Die Schweiz verhielt sich zwar zu dieser Zeit gegen aussen neutral, war aber mit den imperialistischen Grossmächten wirtschaftlich stark verflochten.

6 Gesellschaft, Wirtschaft und Staat um die Jahrhundertwende

Aufgrund der zunehmenden Tätigkeit des Bundes in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts viele Interessensverbände gegründet, wie z.B. der «Vorort» der Exportindustrie, der Gewerbeverband, der Bauernverband und der Gewerkschaftsbund. Die Verbände wurden vom Bundesrat konsultiert – und darum vom Bund auch subventioniert.

Auch in der Parteienlandschaft zeichneten sich zusehends schärfere Konturen ab. Die Sozialdemokraten waren zwar aufgrund des Majorzwahlsystems in den Räten lange untervertreten, ihre Wählerbasis vergrösserte sich jedoch mit der zunehmenden Industrialisierung. Der um die Jahrhundertwende eingeschlagene marxistische Kurs verstärkte die Ausgrenzung der Sozialdemokraten jedoch.

Bei den im Parlament übervertretenen Freisinnigen spalteten sich der demokratisch orientierte linke Flügel in der Ostschweiz und einige Vertreter des rechten Flügels (konservative Altliberale) von der Mutterpartei ab.

Die Katholisch-Konservativen der früheren Sonderbundskantone legten ihre Rolle als Oppositionskraft immer öfters ab und arbeiteten auf Bundesebene auch gelegentlich mit dem Freisinn zusammen. 1891 zog der erste Vertreter der Katholisch-Konservativen in den bisher vom Freisinn dominierten Bundesrat ein.

Bis zum ersten Weltkrieg kamen weite Teile der Schweizer Bevölkerung zu einem relativen Wohlstand. Das freiheitliche Staatswesen funktionierte, die Wirtschaft hatte sich erholt und die Investitionen in die Eisenbahninfrastruktur machten sich durch einen zunehmenden Tourismus bezahlt. Soziale Spannungen, wie z.B. der Konflikt zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft bestanden weiterhin. Dadurch rückten aber die Deutschschweiz und die Romandie sowie die früheren Gegner des Sonderbundskrieges näher aneinander.